

Richtungsweisender Überfall

Anfang November 1923 kam es zu einem kaum gesühnten Juden-Pogrom im oberfränkischen Autenhausen

in: Unser Bayern, Nov./Dez.2023

Nein, die Coburgerinnen und Coburger waren wirklich nicht zu beneiden in diesen düsteren Tagen im Herbst 1923. Wenige Jahre nach dem Ersten Weltkrieg schien für sie einfach alles schiefzugehen. Seit Jahren war Coburg in einer Abwärtsspirale gefangen. Was war von der einst blühenden Residenzstadt geblieben? Im November 1918 musste der letzte Coburger Herzog Carl Eduard abdanken. Das Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha zerfiel daraufhin, der Coburger Teil schloss sich, weil alleine keine Überlebenschance bestand, dem Freistaat Bayern an. Doch damit war die Krise nicht überwunden. Die wirtschaftliche Lage war schlecht, auch der Beitritt zu Bayern konnte daran nichts ändern. Zudem taten sich die Coburger zunächst schwer damit, ihren Platz im katholischen Bayern zu finden. Politische Spannungen, insbesondere zwischen linken und rechten Gruppen, entluden sich im Coburger Blutsonnabend 1921 sowie beim Deutschen Tag 1922 auf gewaltsame Weise.

„**ORDNUNGSZELLE BAYERN**“. Am bedrückendsten erwies sich jedoch die Tatsache, dass in ganz Bayern in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg keine stabilen Verhältnisse herrschten. Unter der Führung des bayerischen Ministerpräsidenten Gustav von Kahr entwickelte sich das Land zur „Ordnungszelle Bayern“. Das klang nach Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, doch hinter diesem Schlagwort verbargen sich wahrhaft chaotische Zustände. Kahr hatte zwei grundsätzliche antidemokratische Weichenstellungen vorgenommen: Zum einen entschied sich die bayerische Führung dazu, die innere Sicherheit Bayerns in die Hände der im Lande zahlreich vertretenen Kampfverbände der völkischen Rechten anzuvertrauen. Bund Oberland, Bund Wiking, Reichsflagge, Jungdeutscher Orden, „Bund Ba-

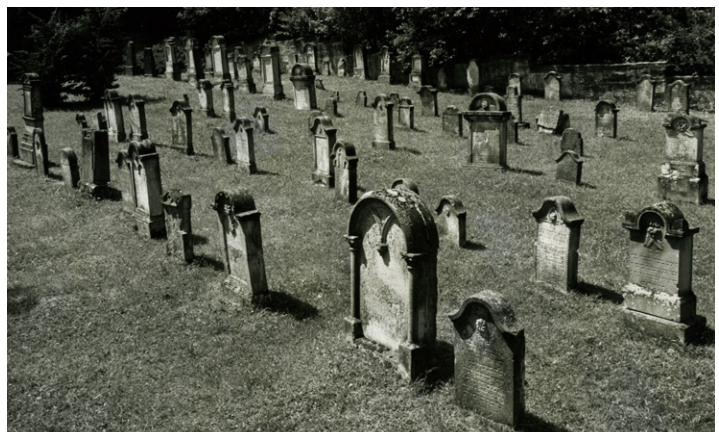
Einst hatte Autenhausen eine blühende jüdische Gemeinde mit Synagoge, Mikwe, eigener Grundschule und Friedhof. 1923 lebten nur noch zwei jüdische Familien in dem oberfränkischen Ort (heute Gemeindeteil von Seßlach, Landkreis Coburg). Sie wurden in der Nacht vom 2. auf den 3. November brutal überfallen. Sie überlebten das Attentat, verließen dann aber Autenhausen.

FOTOS: STACO

yern und Reich“ und Sturmabteilung (SA) der NSDAP waren nur einige von unzähligen Gruppen, in denen sich junge, abenteuerlustige Männer, Weltkriegsveteranen und völkische Eiferer zusammenschlossen, um in militärischer Manier und schwer bewaffnet gegen ihre politischen Gegner zu Felde zu ziehen.

Zum anderen schwenkte Bayern auf einen Kurs der scharfen Frontstellung gegen das Deutsche Reich und seine demokratische Regierung in Berlin ein. Von den Führern der Weimarer Republik wollte sich Bayern nichts vorschreiben lassen, und sofort wurden Vorbereitungen unternommen, die einen befürchteten Einmarsch der Reichswehr in Bayern verhindern sollten.

Beide Entwicklungen spülten das kleine Coburg, gelegen am obersten Rande des Freistaats, unvermittelt in das Zentrum des politischen Geschehens. Im Herbst 1923 zog ein Sturm über





Der Jungdeutsche Orden ging aus Freikorps hervor, er wurde 1920 gegründet. Seine Mitglieder in Nordbayern gaben sich betont antisemitisch und arbeiteten früh mit den Nationalsozialisten zusammen – eine regionale Besonderheit, denn nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde der Orden verboten. Er hatte die Eingliederung in eine nationalsozialistische Organisation verweigert.

FOTO: STACO/RALPH BRAUN, RÖDENTAL

das Land, und Coburg befand sich im Auge des Orkans.

Seit Monaten waren die politischen Leidenschaften immer weiter hochgekocht. Mit der Bildung von Einheitsfrontregierungen (Bündnissen zwischen SPD und KPD) in Sachsen und Thüringen (Oktober 1923) schien sich an Bayerns Nordgrenze ein gefährliches Potenzial zu entwickeln, welches einen kommunistischen Umsturz auch in Bayern erwarten ließ. Die bayerische Regierung antwortete mit der Verhängung des Ausnahmezustands. Zusätzlich zur regulären Polizei wurden die Angehörigen der rechten Wehrverbände als Notpolizei gegen die kommunistische Bedrohung herangezogen. Insbesondere im Grenzraum zu Thüringen, im Gebiet zwischen Kronach und Coburg, wurden im Frühherbst 1923 starke Gruppen von bewaffneten Einheiten aufgestellt, um als „Grenzschutz“ gegen einen erwarteten kommunistischen Einmarsch zu dienen. Zeitweise tummelten sich im westlichen Oberfranken

neun Kompanien des Marinekapitäns Hermann Ehrhardt (Anführer der beinahe legendären „Marinebrigade Ehrhardt“, und später der Organisation „Consul“), zwei MG-Abteilungen, zwei Kompanien von Hitler-Sturmtruppen, zwei Kompanien des Bunds Oberland, sowie eine Batterie mit vier Feldgeschützen. Angesichts eines solchen Aufmarsches träumten die radikalen Anführer in München, wie Adolf Hitler oder General von Ludendorff, bereits von einem „Marsch auf Berlin“, um dort den Demokraten die Regierungsgewalt zu entreißen.

Auch der ehemalige Coburger Herzog, Carl Eduard, muss angesichts dieser völkisch-nationalistischen Machtdemonstration ins Schwärmen gekommen sein. Schon fantasierte er, der bereits im Herbst 1922 die Bekanntschaft Hitlers gemacht hatte, darüber, dass Bayern sich vom Reich lösen würde und er, der Herzog, an der Spitze eines „völkisch-demokratischen Sonderstaats“ in Franken stehen könnte.

FELDLAGER RECHTSRADIKALER. Die Verwandlung des Coburger Landes in ein Feldlager rechtsradikaler Verbände brachte aber auch große Probleme mit sich. Die wirtschaftliche Misere und die Inflation erreichten im Herbst 1923 neue, traurige Höhepunkte. Die Not der Bevölkerung steigerte sich von Tag zu Tag. Die Polizei vermeldete immer wieder Kohlediebstähle. Das machte auch die Versorgung und Verpflegung der Wehrverbände nicht einfach. Solange der Startschuss zum Losschlagen aus München ausblieb, waren sie zur Untätigkeit verdammt. Immer öfter entluden sich die Aggressionen in Schlägereien und Auseinandersetzungen mit den Linken, die aus Sonneberg, Eisfeld, aber auch aus Neustadt bei Coburg und Oeslau (heute Rödental bei Coburg) nach Süden ausschwärmten.

Doch damit nicht genug. Unter dem Einfluss des Gauerstädter Pfarrers Helmuth Johnsen (1891 bis 1947, 1924 bis 1928 Abgeordneter des Völkischen Blocks im Bayerischen Landtag), der im Coburger Land als Führer des Jungdeutschen Ordens (Jungdo) in Reden und Veranstaltungen unentwegt gegen Juden hetzte, vermischte sich die gewaltsame Atmosphäre zunehmend mit antisemitischen Einstellungen. Bereits im Oktober 1923 war es zu einigen gewaltsamen Aktionen gegen jüdische Bürger gekommen.

In dieser aufgeheizten Atmosphäre entlud sich in der Nacht vom 3. auf den 4. November 1923 in der kleinen Ortschaft Autenhausen, vor den Toren Coburgs gelegen, aber damals noch zum Bezirksamt Staffelstein gehörig, ein gewaltsames Gewitter. Wenige Tage vorm Hitler-Putsch in München (9. November) und im Gegensatz zum Auftritt Hitlers auf dem Deutschen Tag (Oktober

Coburg, den 1. 11. 1923

Fernsachmeldung vom Komp.führer Seidel, Gemünda :

Der Stationsleiter der Gendamerie Gemünda hat entgegen des Befehls des Herrn Polizei-Ratm. Bernhardt 40 Armbind n nach Gutdünken an Ortseinwohner (die jedoch nicht vorgesehene sind als Notpolizisten) verteilt.

Lt. Seidel glaubt, dass das Bezirksamt Staffelstein mit Willen Schwierigkeiten macht.

Lt. Seidel bittet dringend um entsprechenden Befehl an den Gendamerie-Ratm. in Gemünda.

gez. Kühne .

P. d. R.

Nachrichtenoftz.

1. Kommando zum 1. 11. 1923

1922) kaum bekannt und in der Literatur selten erwähnt, doch in seiner unheilswangeren Bedeutung für den weiteren Verlauf der deutschen und bayerischen Geschichte um einiges gravierender: In dieser Nacht kam es in Autenhausen zu einem brutalen Überfall auf zwei jüdische Familien, der pogromartige Züge annahm.

Das Ziel des Überfalls war nicht zufällig gewählt. Seit dem 17. Jahrhundert gab es in Autenhausen eine zahlenmäßig große jüdische Gemeinde. Mitte des 19. Jahrhundert lebten dort über 120 jüdische Einwohner, es wurden eine Synagoge gebaut und ein jüdischer Friedhof eingerichtet. Im 20. Jahrhundert schrumpfte die jüdische Gemeinde schnell, Anfang der 1920er-Jahre lebten nur noch zwei jüdische Familien in Autenhausen.

MACHTLOSTE LANDESPOLIZISTEN. Das Ungemach braute sich in Gemünda, dem Nachbarort Autenhausens, zusammen. Die wenigen Kollegen der Landespolizei, die dort stationiert waren, konnten die Sicherheit schon lange nicht mehr gewährleisten. Dafür hatte sich ein Regiment des Jungdeutschen Ordens in dem Ort einquartiert und strebte danach, die polizeilichen Aufgaben zu übernehmen. Ende Oktober 1923 kam es zum Eklat. Der Bürgermeister von Gemünda hatte 40 Armbinden mit der Aufschrift „Notpolizei“ erhalten. Aber er weigerte sich, diese an den Jungdeutschen Orden herauszugeben, weil er

Der Auslöser der Gewalttaten: Der Bürgermeister im benachbarten Gemünda gab den Leuten vom Jungdeutschen Orden, die sich im Ort stark gemacht hatten, keine Notpolizeibinden. Nicht nur, dass man sich dadurch im Ansehen brüskiert sah: Als anerkannte Notpolizisten hätte es eine staatliche Besoldung gegeben. FOTO: STACO

zuverlässige Einwohner mit den notpolizeilichen Aufgaben betrauen wollte. Der Jungdo war brüskiert, man vermutete, dass das Bezirksamt Staffelstein verhindern wolle, dass der Jungdo als Notpolizei operierte.

Die an sich mutige Entscheidung des Bürgermeisters von Gemünda barg jedoch große Gefahren in sich. Wer auch immer der Notpolizei beitreten würde, hatte automatisch die Angehörigen des Jungdo-Regiments als Gegner. Dazu kam, dass den Jungdo-Leuten als Notpolizisten eine staatliche Besoldung zugestanden hätte, um die sie sich nun geprellt sahen.

Die Wut über die verweigeren Sondervollmachten entlud sich am 3. November 1923. An diesem Abend saßen zahlreiche Mitglieder des Jungdo nach einer Übung im Gasthaus zur Post in Gemünda zusammen. Die Stimmung wurde immer aufgeheizter, die Rufe immer lauter. Da brachen die Jungdo-Männer mit zwei Fuhrwerken auf und fuhren nach Autenhausen. Die Männer gingen zu den Anwesen der beiden jüdischen

Station

Abteilung

angenommen am 4. 11. 1923. 8 Uhr 10 Min., ^{dorm.} durch Brustluft. Rauch
^{nachm.} ^{dorm.} ^{nachm.} durch " von "
 aufgenommen am 4. 11. 1923. 8 Uhr 10 Min., ^{dorm.} durch
^{nachm.} ^{dorm.} ^{nachm.} befördert am 4. 11. 19 8. Uhr 15 Min., durch Hut. W. Jella an Herrn Hauptm.
Beurlaubt.

Fern- Fund- **Spruch** Nr. 1. aus Gemünda.
 Bild- Erd.

Dienstliche
 Zusätze:

| Abjourn. | 1 ^{te} Meldg. | Ort | Dat. | Zeit |
|--|------------------------|-----|------|------|
| Hrn. Seidel Hauptf. Rapt. 5. Komp. | Abgegangen | | | |
| | Angekommen | | | |
| | | | | |

An

Herrn Gef. der Landes-Polizei Coburg.

In der vorerwähnten Nacht
 wurden in Kitzbühel bei zwei Familien
 Familien umgebracht, die Leute mißhandelt
 und verhaftet waren. Die Täter sind
 ist vollkommen durchsichtig geworden, der Täter
 weiß zahlreiche Klagen auf und die Durchführung
 von Kitzbühel befindet sich in großer Eile.

Gemünda wurde verhaftet.

für diese wurde dasin verhaftet.

Die Mordung vom 3. 11. im 11^{ten} Komp.

4 Kommissare in diesem verhaftet
 nachher verhaftet festgenommen wurden.

Mordung von Sacher übernommen.

Diesbezügliche Mitteilung vom 8^{ten} am 4/11.

Bauern und Viehhändler Emanuel und Adolf Gutmann, beide bereits über 60 Jahre alt, und versuchten sich gewaltsam Eintritt zu verschaffen. Über die dann folgenden Geschehnisse gibt es verschiedene Zeugnisse. Am 6. November berichtete das *Coburger Tageblatt* von den Ereignissen:

„In der Nacht zum Sonntag um halb 12 Uhr wurden von einer bewaffneten und uniformierten Gruppe von etwa 20 Mann die Häuser jüdischer Familie Gutmann hier umstellt. Die im Schlafe liegenden Bewohner wurden durch Klopfen geweckt, worauf die Leute in die Häuser eindringen. Unter Drohungen wurden die Bewohner zur Herausgabe ihres Geldes veranlasst, das fortgenommen wurde. Die männlichen Bewohner wurden nach einem Standgericht außerhalb des Dorfes schwer misshandelt, so dass sie zusammenbrachen. Den Nachbarn, die die Fenster öffneten, wurde zugerufen, diese zu schließen, da sonst geschossen würde. Nach diesen Taten und unter Drohreden verließ die Rotte den Ort in Richtung Gemünda.“

Deutlich merkt man, wie der Artikel trotz der erschreckenden Ereignisse um einen sachlichen Ton bemüht war. Ganz anders klingt dagegen eine Schilderung, die in der Zeitung des *Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* am 23. November 1923 erschienen ist:

„In der Nacht vom 3. zum 4. November gegen halb 12 Uhr umstellte eine Bande von etwa 20 Mann die nebeneinander gelegenen Häuser zweier jüdischer Bewohner von Autenhausen in Oberfranken. Rufe: ‚Aufmachen!‘ ertönten, und als das nicht schnell genug ging, stieß man die Türe ein, feuerte einen Schuss in die Wohnung und drang von der Hofseite in diese ein. Acht bis zehn Jungdoleute, mit Mütze, Windjacke, Seitengewehr und Revolver ausgerüstet, verlangten von den nur notdürftig gekleideten Männern Geld mit der Drohung: ‚Wir sind Deutschvölkische, wir brauchen Geld für unsere Sache.‘ In der Nachbarschaft wurde das Kommando ‚Fenster zu‘ gegeben, wo sich ein Licht zeigte oder ein Fenster geöffnet wurde. Im Haus musste bei der Suche nach dem Geld der Geldschrank geöffnet werden. Nachdem Geld, goldene Uhr und Kette geraubt waren, wurden die beiden Herren gezwungen, mitzugehen und vor das Dorf geführt. Dort wurde in einer Art Standgericht beraten, was mit ihnen zu machen sei. Es entwickelte sich folgendes Zweigespräch: ‚Erschießen? Sind

Spaten da?‘ Antwort: ‚Nein.‘ ‚Aufhängen?‘ ‚Es sind keine Stricke da.‘ Schließlich wurde befohlen die Herren zu erschlagen und ihnen befohlen, sich hinzulegen. Es wurde mit Stöcken, Gummknüppeln und Seitengewehren in rohester Weise auf sie eingeschlagen, bis sie tot schienen. Dann entfernte sich der Trupp in der Richtung nach Gemünda. Die schwerverletzten und aus Kopfwunden blutenden Männer schleppten sich nach einer Weile mühsam nach Hause. In dem Meinigenischen Ummerstadt und später in dem bei Hildburghausen gelegenen Gleicherswiesen fanden sie Schutz und Obdach. Die beiden jüdischen Herren liegen noch heute schwer krank danieder.“

Im Gegensatz zum Bericht im *Coburger Tageblatt* versuchte dieser Artikel das Geschehen in betont anschaulicher Weise zu schildern, um das Entsetzen beim Leser noch zu verstärken.

Die Regierung von Oberfranken meldete den Vorfall am 6. November 1923 nach München:

„Der Überfall auf jüdische Angehörige der Gemeinde Autenhausen, Bezirksamt Staffelsein, ist noch nicht aufgeklärt. Es sind mindestens 15 Mann über das Anwesen der beiden Juden Guthmann hergefallen; sie haben die Straßen besetzt, wo ein Licht auftauchte, wurde sogleich mit Schießen gedroht u. die ganze Bevölkerung terrorisiert. Kein Mensch kann nähere Auskunft geben. In den beiden Häusern ist so ziemlich alles in Ordnung, nur im Schlafzimmer ist alles durcheinander. In dem einen Haus ist der Mantel des Geldschrankes offen gewesen; die Fächer waren aber geschlossen. In einem Haus war eine Blutlache, im anderen Haus war nichts zu bemerken. Eine offene Kassetten lag dort mit etwas Silbergeld. Es lässt sich also gar nicht schließen, ob Raub geplant war und etwas gestohlen worden ist. Die beiden Guthmann sind offenbar aus dem Haus in das Dorf geschleppt worden, auch dort war eine Blutlache. Die beiden Guthmann sind dann zwar wieder in ihre Häuser, der eine hat sogar noch mit den Nachbarn gesprochen u. hat diesem nur gesagt, dass er stark mißhandelt worden sei und dass es ihnen [!] viel Geld gekostet habe, dann sind sie mit ihren Frauen fort u. verschwunden. Man weiß noch nicht, wo sie sich befinden. Die Bevölkerung hatte sich vollständig eingeschlossen u. hat sich niemand aus dem Haus getraut. (...) Die Gendarmerie ist mit weiteren Erhebungen noch beschäftigt.“

In jüngerer Zeit ist im Staatsarchiv Coburg eine weitere Quelle aufgetaucht, die die Ereignisse in Autenhausen schildert. Es handelt sich um einen

[Der erste Fernspruch über die Ereignisse wurde am Morgen des 4. November abgesetzt. Durch seine zeitliche Nähe zum Geschehen schildert es dieses wohl besonders authentisch.](#) FOTO: STACO

Fernspruch aus Gemünda vom Morgen des 4. November an den Chef der Landespolizei in Coburg. Er bildet die erste Nachricht über die Geschehnisse, berichtet aufgrund des Telegrammstils nur sehr kurz, bildet aber wegen der zeitlichen Nähe zu den Ereignissen diese sehr authentisch ab. Der Fernspruch lautete:

„In der vergangenen Nacht wurde in Autenhausen bei zwei jüdischen Familien eingebrochen, die Leute mißhandelt und anscheinend verschleppt. Die Zimmereinrichtung ist vollkommen durcheinandergeworfen, das Zimmer weist zahlreiche Blutspuren auf und die Bevölkerung von Autenhausen befindet sich in großer Erregung. Gendarmerie wurde verständigt. Eine Wache wurde dorthin verlegt.“

Trotz der Kürze der Nachricht spricht ein deutliches Maß an Bestürzung und Hilfslosigkeit angesichts dieser brutalen Ereignisse heraus. Dies sollte sich einige Tage später zeigen, als die Jungdo-Leute am 7./8. November abermals nach Autenhausen kamen, um die mittlerweile verlassen Häuser gründlich zu durchsuchen und Wertgegenstände zu plündern. Auch in den folgenden Wochen tat sich nichts, gab es keinerlei Reaktionen von Seiten des Staates gegen dieses Gewaltverbrechen.

Erst ein knappes Jahr später, nachdem sich die Wogen des Hitler-Putsches ein wenig geglättet hatten und es dem Staat gelang, wieder die Oberhand gegen die wüsten Wehrverbände zu erringen, kam es vor dem Schöffengericht Bamberg zu einem Verfahren gegen die Haupttäter des Autenhausener Überfalls. Angeklagt waren zwei Burschen aus Gemünda, Wilhelm Seidel und Erhard Pfeuffer, der Spediteur Curt Hille aus Coburg, sowie der nicht aus Oberfranken stammende Wolfgang Götze. Doch das Verfahren endete in einer Farce. Götze, der zuvor angegeben hatte, an dem Pogrom in Autenhausen sei auch der Sohn von Herzog Carl Eduard beteiligt gewesen,

nahm die ganze Schuld auf sich. Angeblich sei er durch Hilfszusagen des Herzogs zu dieser Aussage bewegt worden. Götze wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, seine Kollegen wurden freigesprochen. Alle Angeklagten hatten sich darauf berufen, sie hätten in diesen Tagen als Notpolizei gegolten und daher über weitreichende Befugnisse verfügt. Es war aber auch damals schon bekannt, dass die Anführer der Rechten, also Hitler, Ehrhardt und Johnsen, ihre Leute zu den Gewalttaten animiert hatten.

STRAFFREI AUCH NACH DEM KRIEG. Ein letztes Mal drohte die Täter von damals die Vergangenheit einzuholen, als die Amerikaner in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg die sogenannte Entnazifizierung in Gang setzten. Vor den Spruchkammern mussten sich die Angeklagten für ihre Taten während der Zeit des Nationalsozialismus verantworten. Doch die Schläger von 1923 kamen wieder ungeschoren davon. In den Spruchkammerakten von zwei Hauptprotagonisten, Curt Hille und Erhard Pfeuffer, finden sich Hinweise auf die Tatbeteiligung im November 1923. Es zeigt sich, dass den Zeitgenossen die Ereignisse von Autenhausen noch im Gedächtnis waren, dennoch hielt es niemand für nötig, weiter zu ermitteln, sei es, weil die Spruchkammern ihr Hauptaugenmerk auf die Zeit von 1933 bis 1945 legten, oder weil die Ereignisse von 1923 einfach zu lange zurücklagen.

Der Überfall von Autenhausen vom 3./4. November 1923 bildete ein Menetekel für die Entwicklung, wie sie sich Jahre später im „Dritten Reich“ fortsetzen sollte. Brutale Gewalt gegen die jüdischen Mitbürger, die zu unterbinden der Staat nicht konnte oder wollte, wurde zum Zeichen der nationalsozialistischen Zeit, fand aber auch schon bereits während der Weimarer Republik statt. Der Überfall von Autenhausen, der heute im Coburger Land nahezu vergessen ist, bildete hier einen unrühmlichen Auftakt. *Alexander Wolz*

UNSER
BAYERN
6 x im Jahr, digital.



Bayern im Blick
Daten, Fakten, Hintergrundberichte

Die Bayerische Staatszeitung
im Jahresabonnement.
Jeden Freitag. Auch digital.
Jetzt bestellen: Tel. 089/29014259

Wer sie abonniert, profitiert.
bayerische-staatszeitung.de/abo

BSZ Bayerische Staatszeitung
und Bayerischer Staatsanzeiger